

<b>Antwort auf Anfragen</b>	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Stadtbetrieb 202 - Tageseinrichtungen für Kinder
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Doris Nehls 563 2218 563 8039 doris.nehls@stadt.wuppertal.de
	Datum:	30.07.2014
	<b>Drucks.-Nr.:</b>	<b>VO/428/14 - A</b> öffentlich
Sitzung am Gremium		Beschlussqualität
<b>25.08.2014 Rat der Stadt Wuppertal</b>		<b>Entgegennahme o. B.</b>
<b>Große Anfrage - Auswirkungen der Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes</b>		

### Grund der Vorlage

Große Anfrage der FDP Ratsfraktion vom 25.07.2014

### Beschlussvorschlag

Die Antworten der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

### Einverständnisse

Kämmerer

### Unterschrift

Dr. Kühn

## **Begründung**

Zu den Fragen der Großen Anfrage wird wie folgt Stellung genommen:

### **1. Wie bewertet die Verwaltung das Finanzierungssystem nach dem geänderten Kinderbildungsgesetz? Sind die Pauschalen auskömmlich?**

Antwort:

Mit der Änderung des Kinderbildungsgesetzes wurden Regelungen zur Bereitstellung zusätzlicher Landesmittel (plusKITA - § 21 a KiBiz, zusätzlicher Sprachförderbedarf – § 21 b KiBiz und Verfügungspauschale - § 21 Abs. 3 KiBiz) geschaffen. Eine Änderung der Bemessung für die Kindpauschalen - § 19 KiBiz ist nicht erfolgt.

### **2. Welche Auswirkungen hat das neue Kinderbildungsgesetz auf das Betreuungsangebot in Wuppertal? Sehen örtliche Träger ihren Kita-Betrieb als gefährdet an?**

Antwort:

Auswirkungen auf das Betreuungsangebot in Wuppertal sind derzeit nicht erkennbar. Aktuelle Mitteilungen von freien Trägern, die auf eine Gefährdung des Betriebes ihrer Einrichtung schließen lassen könnten, liegen nicht vor.

### **3. Hält die Verwaltung eine mögliche Anhebung der Kindpauschale für eine konnexitätsrelevante Aufgabe? Wie wird die Verwaltung reagieren, wenn das Land die Kosten für eine weitere Anhebung an die Kommunen weitergeben will?**

Antwort:

Die Kindpauschalen erhöhen sich gem. § 19 Abs. 2 KiBiz weiterhin jährlich um 1,5 %. Etwaige Änderungen würde die Verwaltung im Einzelfall hinsichtlich finanzieller und rechtlicher Auswirkungen prüfen.

## **Demografie-Check**

entfällt